

## **CDU gegen eigenes Mitglied: Debatte um Bürgergeld und Grundsicherung**

CDU-Generalsekretär Linnemann erhält parteiinterne Kritik für seine Forderung zur Streichung des Bürgergelds bei Arbeitsunwilligen.

### **Wachsende Debatte um das Bürgergeld: CDU-Generalsekretär Linnemann im Fokus**

Berlin - In der aktuellen politischen Diskussion um das Bürgergeld hat der CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann für Aufsehen gesorgt. Seine Forderung, die Grundsicherung für bestimmte Empfänger, die er als arbeitsunwillig bezeichnet, komplett zu streichen, stößt nicht nur auf öffentliche Kritik, sondern auch auf Widerstand innerhalb seiner eigenen Partei.

### **Widerspruch aus den eigenen Reihen**

Ein prominenter Kritiker von Linnemanns Ansichten ist der Vize-Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Christian Bäuml. Er äußerte Bedenken, dass die Forderung nicht die Realität der Betroffenen widerspiegeln. «Viele Menschen, die nicht auf Angebote der Jobcenter reagieren, kämpfen häufig mit psychischen Problemen», erklärte Bäuml. Diese Sichtweise betont die Komplexität der Herausforderungen, mit denen viele Bezieher von Grundsicherung konfrontiert sind.

### **Die Einordnung von Linnemanns Forderung**

Linnemann hat in Interviews betont, dass Statistiken darauf

hindeuten, dass eine erhebliche Anzahl an Personen nicht bereit sei, eine Arbeit aufzunehmen. Nach seiner Auffassung sollte der Staat in solchen Fällen annehmen, dass diese Personen nicht bedürftig sind. Diese Sichtweise könnte jedoch die soziale Realität vieler Betroffener verkennen, die aus unterschiedlichen Gründen Schwierigkeiten haben, in den Arbeitsmarkt einzutreten.

## **Regelungen und ihre sozialpolitischen Implikationen**

Der Vorstoß von Linnemann kommt zu einem Zeitpunkt, an dem die Bundesregierung bereits angedeutet hat, dass sie Regelverschärfungen für Bezieher des Bürgergeldes plant. Dazu gehören Maßnahmen, die Bezieher dazu drängen sollen, eine Arbeit anzunehmen, selbst wenn der Weg zur Arbeit als lang oder beschwerlich empfunden wird. Die Konsequenzen für das Ablehnen einer zumutbaren Arbeit könnten in Form von Leistungskürzungen spürbar werden. Diese Politik zielt darauf ab, die steigenden Ausgaben für das Bürgergeld zu begrenzen, wirft jedoch ethische Fragen auf.

## **Die ethische Dimension der Debatte**

Bäumler betont, dass es mit dem christlichen Menschenbild unvereinbar sei, Menschen in Deutschland dem Hunger auszusetzen. Diese Aussagen verdeutlichen, dass die Diskussion um das Bürgergeld nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine tiefgreifende moralische Dimension hat. Viele Bürger fordern eine Politik, die nicht nur ökonomische Effizienz, sondern auch soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund stellt.

## **Fazit: Ein wachsendes gesellschaftliches Anliegen**

Die Debatte um das Bürgergeld und die damit verbundenen Forderungen von führenden Politikern wie Carsten Linnemann

zeigt, dass soziale Sicherheit und Arbeitsmarktpolitik mehr denn je im Fokus der gesellschaftlichen Diskussion stehen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die politischen Ansätze weiterentwickeln werden und welche Auswirkungen dies auf die Betroffenen haben wird.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**